



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Idealismus in der Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wir empfehlen die Schrift angelegentlich, besonders den Schleswig-Holsteinern, denen jetzt so viel Sand in die Augen gestreut wird, und die man so eifrig über das, was ihr wahres Interesse ist, zu täuschen sucht. Wollen sie durchaus bei ihrem selbständigen Staat beharren, so mögen sie wenigstens wissen, daß er ihnen, selbst abgesehen von den Kriegsschulden, erheblich mehr kosten wird als das Ergebnis eines Arrangements, welches Erfüllung der preussischen Forderungen zum Ziel hat.

Der Idealismus in der Politik.

Es ist ja wohl Schopenhauer, der irgendwo in seinen Schriften die bittere, aber nicht unzutreffende Bemerkung macht: „Der Franzose verbindet mit dem Worte *idée*, der Engländer mit *idea* einen sehr alltäglichen, aber doch ganz bestimmten und deutlichen Sinn. Hingegen dem Deutschen, wenn man ihm von Ideen redet, fängt an der Kopf zu schwindeln, alle Besonnenheit verläßt ihn, ihm wird, als solle er in den Luftballon steigen.“ Mir fällt dieser Ausspruch immer wieder ein, wenn ich die Art und Weise prüfend mustere, mit welcher der Deutsche, über den Ideen von Recht und Macht sich erhebend, das Einfachste in der politischen Krisis der Gegenwart außer Augen verliert, um das Entlegenste festzuhalten. „Alle Besonnenheit verläßt ihn, ihm wird, als solle er in den Luftballon steigen.“ Seit das Bewußtsein eines feindlichen Gegensatzes zwischen Recht und Macht in steigender Beängstigung die Gemüther ergriffen hat, kann man dies in Wahrheit von den Deutschen sagen. Die Macht geräth in die Gefahr für rechtlos erklärt zu werden, bloß deshalb, weil sie mächtig ist, wie andererseits manches sogenannte Recht sich nicht vollgiltiger legitimiren zu können glaubt, als indem es auf die Schwäche seines Trägers verweist. Zwischendurch wird zuweilen mit Emphase und mit größter Begeisterung erklärt, daß doch dem Recht eine ungeheure, alles besiegende Macht innewohne, aber an den unzähligen diesem Capitel gewidmeten Toasten und Tischreden nagt der nüchterne Zweifel, der sich aus dem Bewußtsein der Gegenwart nicht mehr verdrängen läßt, ob tausend mit papiernen Rechten ausgestaffte Existenzen nicht dadurch rechtskräftig zum Tode verurtheilt sind, daß sie nicht die Macht haben sich aufrecht zu erhalten. Denn Existenzfragen sind Macht-

und keine Rechtsfragen — das ist, was jeder im Privatleben erfahren kann und erfährt, und was auf politische Vorgänge zu übertragen den Deutschen so unendliche Mühe macht. In seiner Anwendung auf die Vergangenheit geben wir jenen Satz allerdings alle ohne Anstand zu. Wir sind alle bereit, gemeinschädlich gewordene und unserer Anschauungsweise entfremdete Rechte zu confisciren und aufzubeheben, womöglich ohne Entschädigung, wir sind alle daran thätig, mit Schöpfungen früherer Zeiten aufzuräumen, deren rechtlicher Bestand oft gar nicht zu läugnen ist, denen wir aber, wie einzelne wilde Stämme ihren Kranken, deshalb ohne Bedenken den Gnadenstoß geben, weil sie hinfällig und uns zur Last geworden sind.

Aber in Betreff der lebendigen Gegenwart, wo eben das Maß der politischen Einsicht und der Fähigkeit zum Handeln am schärfsten zu Tage tritt, liegt die Sache anders. Hier vergessen wir allzu leicht, daß auch das Recht, um existent zu sein, eines Anderen bedarf als seines abstracten Inhalts, nämlich eben der Macht, sich gegen die zu behaupten, welche ihm das Recht zu existiren streitig machen. Es ist sicher etwas Schönes, für das Recht, wie man es eben versteht, zu erglühen, auch da, wo es gebunden am Boden liegt, aber es ist eitel hohle Abstraction, zu verkennen, daß, wo es sich um Fragen politischer Existenz, wo es sich um Rechtsexistenzen handelt, die Lösung nur auf dem Wege der Macht, des Vermögens, der Kraftentwicklung zu suchen und zu finden ist.

Vergeblich sieht man sich in dem Gewirr und dem Widerstreit der Meinungen nach einer bestimmten, deutlichen Antwort auf die noch immer ungelöste Räthselfrage um, wie denn die deutsche Kleinstaaterlei jemals beseitigt werden soll, wenn nicht auf dem Wege der Machtentfaltung desjenigen Staates, für den diese Beseitigung eine Bedingung der vollen Entfaltung seiner Kräfte ist.

Im Namen des Rechts, sagen eifrige und aufrichtige Freunde der deutschen Einheit, soll diese Frage gelöst werden, nicht auf dem Wege der Gewalt, Bedrückung und Ueberhebung eines Theils über den andern, der uns nur immer weiter vom Ziele abführt, im Namen des unverjährbaren und unverlierbaren Rechtes der Nation, Eins zu sein und auf dem Wege der Freiheit. Denn nur der Freiheit ist es eigen, die Geister zu einem gemeinsamen Dienst zu vereinigen, während dem Zwange wohl die Herrschaft über die Leiber, doch nicht über die Seelen gelingen wird.

Unverkennbar geht durch diese und ähnliche, von der Tagespresse tausendfältig variierte Auslassungen ein verwandter Zug des Idealismus, wie er in unserer Philosophie trotz alles angeblichen Materialismus vorherrschend geblieben ist. Wie sich in dieser die Erkenntniß weniger nach den Dingen als die Dinge nach der Erkenntniß zu richten haben, so fragen jene Freunde der Einheit weniger nach dem, was ist und sein kann, als nach dem, wie es gewissen für

richtig gehaltenen Voraussetzungen nach sein sollte. Weniger die Naturnothwendigkeit, die auch in der Politik herrscht, wird ins Auge gefaßt als gewisse Forderungen des sittlichen Bewußtseins, die unabhängig von der umgebenden Welt der Thatsachen construiert sind.

Aber wie dort so halten auch hier die Voraussetzungen nicht Stich vor einer nüchternen Untersuchung oder mindestens wird diese aus ihnen zu anderen Schlußfolgerungen kommen. Denn fragen wir, wo denn jenes unverlierbare und unverjährbare Recht der Nation, Eins zu sein, aus der Abstraction sich zu einer geschichtlichen Thatsache erhoben hat, wo es der Nation gelungen ist, dasselbe — wie unvollkommen immer — zu realisiren und es zu mehr als einem sittlichen Postulat, zu einer That zu gestalten, so ist die einzige Antwort darauf: im Staate Preußen. Preußen ist in der That der Beweis für die Berechtigung jenes Anspruches; denn die lebendige Existenz des Rechtes mißt sich am Vermögen dasselbe zur Erscheinung zu bringen. Vergessen wir nicht, was so leicht vergessen wird, daß, indem ich dem Individuum oder der Nation im Allgemeinen ein Recht zugesteh, damit für dieses bestimmte Individuum, diese bestimmte Nation noch gar nichts ausgesagt ist, sondern daß ich nur zugestanden habe, daß in dem Begriff des Individuums, der Nation jenes Recht mit einbedungen liegt. Wie weit dasselbe dieser bestimmten Nation zuzugestehen ist, hängt von dem Grade der Energie ab, mit der dieselbe sich den abstracten Inhalt des Rechts individuell anzueignen und in Fleisch und Blut umzusetzen vermocht hat, hängt mit einem Worte von ihrem Vermögen, dasselbe zu realisiren, ab.

Hätten die Deutschen ihr vielberedetes Recht auf eine einheitliche nationale Existenzform in nichts Anderem zur Erscheinung zu bringen vermocht als in den ihm gewidmeten Leistungen unserer Dichter und Tischnredner und in den Beweisführungen gelehrter Abhandlungen, so würde dasselbe mit Grund als ein problematischer Anspruch erscheinen, für den der Beweis der vollen Rechtsfülle, die politische Gestaltungskraft, noch erst zu erbringen wäre. Nun haben sie aber in der That etwas Anderes vermocht, nämlich inmitten des Zerfalls des mittelalterlichen Lebens den Staat Preußen zu bilden, ihn mit einem deutschen Inhalt zu erfüllen, ihn mit einer Machtfülle auszurüsten, die den Schwerpunkt der deutschen Geschichte in ihn verlegt und ihm jenen zähen staatlichen Egoismus einzupflanzen, der schon die ersten Anfänge dieses Staates auf so bemerkenswerthe Weise kennzeichnet und der vielleicht mehr wie alles Andere das Gelingen der deutschen Einheitsbestrebungen für die Zukunft verbürgt. Denn der Egoismus pflegt als mächtige Potenz noch vorzuhalten, wenn alle anderen Triebfedern ihre Dienste versagen.

Es ist ganz im Geiste jenes politischen Idealismus gelegen, der in der gegenwärtigen Bewegung der Geister in Deutschland so laut das Wort führt,

wenn man die Fehler und Gebrechen des preußischen Staates gegen ihn, gegen seinen Beruf, gegen die einfache Wahrheit verwerthet, daß in ihm trotz alledem das politisch organisirte Deutschland — soweit Deutschland sich eben politisch zu organisiren vermocht hat — vorhanden ist. Denn wie es dem philosophischen Idealismus eigen ist, das im Sinne der Natur Erste an die zweite Stelle zu rücken, das Ursprüngliche für das Abgeleitete, das Abgeleitete für das Ursprüngliche zu erklären, so wird auch bei jenem Verfahren nichts weniger als das übersehen, daß die Mängel des preußischen Staatswesens vor allen Dingen Ursprungszeugnisse sind, daß keine Anklage gegen Preußen erhoben werden kann, die nicht im verstärkten Maße auf Deutschland zurückfiel. Denn das ist dem logischen und am Zusammenhang der Dinge festhaltenden Denken doch unverlierbar, daß ein anders gestalteter Genius der deutschen Nation auf politischem Gebiet ein anderes Preußen geliefert haben würde, so gut wie der abweichende französische Genius die straffe Concentration Frankreichs bewirkt und der polnische den Zerfall Polens möglich gemacht hat. Und was folgt denn überhaupt aus der Totalsumme aller Mängel Preußens, gegen die wir in Norddeutschland doch wahrhaftig auch um so weniger blind sind, je mehr sie uns unsere Aufgabe erschweren, wenn wir sie auch vielleicht weniger als es in Süddeutschland geschieht, mit vorübergehenden Zuständen identificiren, was folgt aus ihnen weiter als das, was den Grundgedanken der großpreußischen oder richtiger nationalen Partei ausmacht: Preußen von diesen Mängeln zu befreien, es der Freiheit zu erobern.

Ich meinstheils halte es in der That für keinen Verlust, daß das Capitel der moralischen Eroberungen einstweilen von der Tagesordnung abgesetzt ist. Im Zusammenhang mit ihnen hatte sich der deutschen „Stämme“ die eigenthümliche Vorstellung bemächtigt, daß Preußen für seinen Beruf, an die deutsche Spitze zu treten, noch besondere Prüfungen durchzumachen habe. Bestand Preußen diese Prüfungen schlecht, so sonnte sich jeder Stamm in der Ueberzeugung, daß nicht er, sondern offenbar nur Preußen die Schuld trage, daß noch immer an kein Vorwärtskommen zu denken sei; bestand Preußen wie unter der neuen Aera cum laude, so war das belobigende Zeugniß guter Führung, welches zu weiteren Hoffnungen für die Zukunft berechtige, sowie das Anwachsen des Nationalvereins um einige Duzend Mitglieder in Württemberg oder Bayern schon als ein bemerkenswerther, im Ganzen aber doch sehr schwindstüchtiger Erfolg zu registriren. Wehe aber, wenn in Preußen ein Rückfall eintrat. Die Entrüstung im übrigen Deutschland war dann um so stürmischer, als sich jeder Einzelne, der sich von dem liberalen Preußen hatte moralisch erobern lassen, nun wie schände betrogen und als ein Verräther an seinem engeren Vaterlande erschien.

Dieser ganze, man kann wohl sagen kleinstaatliche Charakter unserer in

neren deutschen Volkspositiv, an deren unerquicklichen Zügen der Nationalverein meines Erachtens einen nicht ganz unerheblichen Antheil hat, beruht auf einem Gemisch von halbwahren Vorstellungen, unklaren Ansprüchen, unbegründeten Voraussetzungen und übertriebenen Erwartungen.

Wer sagt uns denn überhaupt, daß Preußen in der Lage, in der Verfassung, wenn man dies gegenwärtig noch sagen kann, ist, um moralische Eroberungen zu machen? Der Erfolg spricht doch wenigstens nicht dafür und die Meinung derer von der extremsten Gegenseite, welche dasselbe rundweg verneinen, hat gewiß ungemein viel für sich. Was folgt nun daraus? Die guten Freunde eines idealen Preußens, wie die Herren vom Nationalverein, lassen ziemlich rathlos die Flügel hängen, andere ziehen sich im Unmuth völlig zurück, andere werfen sich der blauweißen Demokratie in die rettenden Arme, alle aber sind sich einig in der großen Resolution, daß das preußische Volk seine Pflicht nicht erfülle, während jede Andeutung von Pflichten, die das übrige Deutschland gegen Preußen habe, mit hochgetragener sittlicher Entrüstung als preußische Arroganz zurückgewiesen wird.

Wir aber erlauben uns dies die verkehrte Welt zu nennen und aus den beiden Prämissen der Wichtigkeit Preußens für Deutschland und der thatsächlichen Erscheinung seines häufigen Rückfalls in überwundene Zustände die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es dem höchsten deutschen Interesse entspricht, daß in Preußen ein dem vielgestaltigen Leben der Freiheit günstiger Boden besser als es bis jetzt der Fall war, hergerichtet werde. Auch hier scheiden sich freilich die Wege der politischen Idealisten und der Realisten. Erstere verlegen den Ursprung der Freiheit meistens so hoch hinauf, daß das, was man die Ackerwirthschaft derselben, die richtige Bestellung des Grund und Bodens, nennen könnte, nicht zur vollen Geltung und richtigen Würdigung kommt.

Noch unlängst grüßte ein berühmtes Mitglied der preussischen Verfassungspartei die am Rhein versammelten Festgenossen mit den Worten: „Der Wille ist's, der uns frei macht“ — ein Ausspruch von schönem tröstlichen Klang und doch so allgemein hingestellt, von gefährlicher Einseitigkeit. Denn im Staatsleben, wo ein Wille dem anderen gegenübersteht und mit ihm um Einfluß ringt, ist nicht, daß der Wille vorhanden, sondern wie und unter welchen Bedingungen er wirkt, das entscheidende Moment. Mit andern Worten: je mehr ich quantitativ und qualitativ die Gewalt derjenigen Interessen — geistiger und materieller — verstärke, die nur in der Freiheit, nur im Rechtsstaat, nur da gedeihen können, wo sie die maßgebenden Factoren der Entwicklung geworden sind, desto mehr stärke ich das Schwergewicht der auf ein und dasselbe Ziel gerichteten, durch das Band der Interessen vereinigten Willen, desto gewisser erzeugt sich aus ihnen alsdann der Gesamtwille, „der uns frei macht“. Hierin liegt der letzte ausschlaggebende Grund für alle diejenigen, die in jedem

wahrhaften materiellen Größezuwachs Preußens einen unendlichen Fortschritt erkennen, die in dieser Anschauung auch durch alle Widerwärtigkeiten, welche sich mit der Lösung der Herzogthümerfrage in ihrem Sinne verknüpft haben, nicht zu erschüttern sind. Nicht die mittelbaren, die unmittelbaren Folgen sind hier vor allem ins Auge zu fassen. Die Frage ist von zu großer Natur, um nach dem Maßstab der Strafe eines den Wünschen der liberalen Partei nicht entsprechenden Ministeriums bemessen werden zu können. Nur wer jedes Blickes für die realen Verhältnisse entbehrt, kann verkennen, daß die Herzogthümerfrage unter der theils activen, theils passiven Antheilnahme aller beteiligten Factoren sich zu der Frage, ob Preußen ein neues Olmütz davontragen solle, herausgebildet hat, und nur der gänzlichen politischen Urtheilslosigkeit mag es unbenommen sein, nachdem dies einmal so weit gekommen, sich für diese Alternative zu erklären und darin einen Sieg der Volksfreiheit und der Volksinteressen zu erblicken.

Ein eigenthümliches Verhängniß läßt die jetzige für Preußen und Deutschland, wie auch der Würfel fallen mag, so hochwichtige Entwicklung unter den Auspicien eines Mannes vor sich gehen, der entschlossen und kühn speculirt, aber alle Sympathien mit souveräner Geringschätzung von sich stößt.

Es ist als sollte die deutsche Nation mit Gewalt aus der Gemüthslosigkeit ihrer Idealpolitik aufgerüttelt werden. Die idyllische Vorstellung eines Entwicklungsganges der Dinge, bei dem das außerhalb Preußens befindliche Deutschland im Wesentlichen nichts weiter zu thun hatte, als abzuwarten, bis dort die Saaten der Freiheit in üppiger Blüthe standen, und dann sich moralisch erobern zu lassen, ist tief erschüttert und von selbst drängt sich eine ernsthaftere geschichtliche Auffassung von dem Wesen der Aufgaben, die Deutschland in Bezug auf Preußen obliegen, in den Vordergrund. Ein Symptom dieser sich langsam vollziehenden Umwandlung tritt in den Anfängen einer Parteibildung im Sinne des so heftig geschmähten Großpreußenthums zu Tage. In ihm lebt der auf einer realen Erkenntniß von der Natur der Dinge fußende Gedanke, daß Preußen nicht, wie die Gegenpartei meint, von einem Größerwerden abgehalten werden müsse, weil es seinen Beruf schlecht erfülle, sondern daß es dies eben größtentheils in Folge seiner ungenügenden Machtentwicklung thut, daß für diesen Staat, seiner ganzen Geschichte und Entwicklungsstufe nach, das Wort gilt: je mächtiger, desto freier, und daß Deutschland, indem es jeden dahin zielenden Schritt unterstützt, am besten seinen wahren politischen Interessen dient. Diesem Gedanken aber, so scheint mir, so sehr ihn die Gegenwart anfeindet, wird die Zukunft Recht geben, eben weil er sich auf diese und die dauernden Verhältnisse des Staatslebens stützt.

J. Duboc.